

2

## 3 Klare politische Rahmenbedingungen für ein gerechtes Schulsystem

4

5 Spätestens seit der Veröffentlichung der PISA-Studie ist in Deutschland eine breite Diskussion  
6 über die bildungspolitische Zukunft in unserem Land entbrannt. Auch in Schleswig-Holstein sind  
7 zahlreiche Reformen im Bildungssystem in Angriff genommen worden. Die Einführung der  
8 Regional- und Gemeinschaftsschule im letzten Jahr war dabei sicher das umfangreichste  
9 Reformvorhaben. Die aktuellen Vorschläge zur Nachbesserung des schleswig-holsteinischen  
10 Schulgesetzes ergänzen diese und bringen wieder einige grundsätzliche  
11 Richtungsentscheidungen auf die politische Agenda.

12

13 Die Junge Union Schleswig-Holstein (JUSH) hat diesen Diskussionsprozess in den letzten Jahren  
14 immer wieder mit eigenen Beschlussfassungen und Diskussionsbeiträgen begleitet. Dieses  
15 Papier fasst grundsätzliche Überzeugungen der JUSH aus den letzten Jahren nochmals  
16 zusammen und ergänzt die Forderungen der JUSH auf Grund der aktuellen bildungspolitischen  
17 Diskussion. Insbesondere die geplanten Veränderungen im Schulgesetz sollen dabei  
18 Berücksichtigung finden. Schwerpunkte bilden die Gestaltung der Schularten, Integration in der  
19 Schule, die Verteilung der Ressourcen im Schulsystem sowie der „Beruf Lehrer“.

20

### 21 Grundsätzliches: Klare Strukturen für einen besseren Schulabschluss

22

23 In den letzten Jahrzehnten hat sich das berufliche Umfeld in Deutschland massiv verändert.  
24 Klassische Karrierewege, die für ein ganzes Leben vorausschaubar sind, sind heute eher die  
25 Seltenheit. Darüber hinaus haben sich die Anforderungen an die Qualifikation von Berufstätigen  
26 kontinuierlich erhöht. Ein Bildungssystem muss sich diesen geänderten Rahmenbedingungen  
27 anpassen und Schülern schulische Ausbildungswege bieten, die eine erfolgreiche Vorbereitung  
28 auf das Berufsleben ermöglichen.

29

30 Dabei muss ein Bildungssystem auch eine Struktur aufweisen, die von jedem Beteiligten  
31 verstanden werden kann. Die Schaffung von neuen Schularten und Schulungsformen in den  
32 letzten beiden Jahren haben nicht dazu beigetragen, Schule und Ausbildungswege verständlich  
33 und nachvollziehbar zu machen. Dies ist aber dringend notwendig, um für diese Reformen das  
34 nötige Vertrauen und die Unterstützung aller Beteiligten zu erhalten. Lehrer, Eltern und Schüler  
35 müssen verstehen können, worin sich verschiedene Schularten und Schulabschlüsse

36 unterscheiden.

37

38 Daneben hat die Schule in den letzten Jahren mehr und mehr die Möglichkeit bekommen, sich  
39 ein eigenes Profil zu geben und weiterzuentwickeln. Eigenverantwortlichkeit der Schulen ist  
40 dadurch gestiegen. Dies trägt dazu bei, dass eine Schule von innen heraus gestaltet werden kann  
41 und Schüler, Eltern und Lehrer bei der Gestaltung ihrer eigenen Schule mitwirken können. Des  
42 Weiteren gibt es auch die Möglichkeit, individuelle Lösungen der Schulen für regionale  
43 Besonderheiten und Herausforderungen zu erstellen.

44

45 Die JUSH setzt sich dafür ein, dass diese Punkte auch bei den aktuellen Schulgesetzänderungen  
46 berücksichtigt werden. Daher fordert die JUSH grundsätzlich für angedachte Reformvorhaben:

47

- 48 - dass das Schulsystem weiter an das sich ändernde berufliche Umfeld und die  
49 Anforderungen angepasst wird.
- 50 - dass Reformen des Schulsystems verständliche Strukturen schaffen, die von Lehrern,  
51 Eltern und Schülern verstanden werden können.
- 52 - dass auch weiterhin Rahmenbedingungen geschaffen werden, die der Schule Elemente  
53 der eigenverantwortlichen Schulgestaltung ermöglichen.

54

#### 55 Das zukünftige Schulsystem

56

57 Für das gegliederte Schulsystem in Schleswig-Holstein fordert die JUSH nach wie vor, dass es  
58 lediglich eine Schulform neben dem Gymnasium geben darf! Die JUSH unterstützt daher eine  
59 Zusammenlegung von Regional- und Gemeinschaftsschule zu einer „neuen“  
60 Gemeinschaftsschule. Eine Schulform neben dem Gymnasium entspricht den  
61 Herausforderungen des demographischen Wandels und dem Anliegen, flächendeckend alle  
62 Schulabschlüsse anbieten zu können. Somit wird für eine klare politische Linie in der  
63 Schullandschaft von Schleswig-Holstein gesorgt und Eltern sowie Schüler können die für ihre  
64 Bedürfnisse passende und gerechte Schulform wählen. Des Weiteren bietet die Lösung einer  
65 Zusammenlegung dieser Schularten ein Übereinkommen der alten politischen Grabenkämpfe  
66 um ein dreigliedriges Schulsystem versus Einheitsschule, zum anderen können so Strukturen  
67 geschaffen werden, die den Anspruch an Verständlichkeit erfüllen.

68

69 In der neuen Schulform muss es eine klare Außendifferenzierung bei den Klassen geben – diese  
70 sollte die Leistungsfähigkeit und Neigung der Schüler berücksichtigen und einen Bezug zum

71 angestrebten Schulabschluss haben. Die bisher mögliche und offen gelassene  
72 Binnendifferenzierung insbesondere in den Kernfächern Mathematik, Deutsch und Englisch wird  
73 von der Jungen Union Schleswig-Holstein strikt abgelehnt. Es war und bleibt eine  
74 sozialromantische Verwirrung, zu glauben, dass die starken Schüler den schwachen Schülern  
75 helfen und so das Gesamtniveau steigt. Der Praxistest an vielen Gemeinschaftsschulen hat dies  
76 bereits gezeigt. Die starken Schüler bleiben ebenso im Lernstoff zurück wie die schwachen  
77 Schüler und das mögliche Leistungsniveau kann nicht erreicht werden. Dem Anspruch, jeden  
78 einzelnen Schüler gemäß seinen Möglichkeiten individuell zu fördern, kann das Modell der  
79 Binnendifferenzierung nicht gerecht werden. Dieser Ansatz muss daher automatisch zu einer  
80 Überforderung und einem erheblichen Mehraufwand der Lehrer führen. Eine individuelle  
81 Förderung der Schüler ist nur dann möglich, wenn pro Fach zwei bis drei Kurse nach  
82 unterschiedlichen Leistungsniveaus gebildet werden, die jeder Schüler nach seinen persönlichen  
83 Fähigkeiten belegt.“

84

85

86 Weiterhin wird daher gefordert, dass die neue Gemeinschaftsschule nur dort auf Antrag eine  
87 gymnasiale Oberstufe zugestanden bekommt, wo noch kein entsprechendes Angebot durch  
88 Gymnasien besteht. Hierbei ist insbesondere darauf zu achten, dass die neue Schulform kein  
89 Konkurrenzangebot gegenüber dem Gymnasium darstellt – hier wäre ein Wettbewerb unter den  
90 Schulen nachteilig. Für die JUSH ist und bleibt das Gymnasium die Regelschulform zum  
91 Erreichen des Abiturs. Aufgrund des demographischen Wandels können sich Engpässe in der  
92 Versorgung der Gymnasien in der Fläche des Landes einstellen. Die neue Gemeinschaftsschule  
93 mit gymnasialer Oberstufe darf zu jedem Zeitpunkt ausschließlich nur ein Ersatzangebot sein.  
94 Sofern eine gymnasiale Oberstufe an der neuen Schulform besteht, wird dort G9 angeboten. G8  
95 soll das Regelangebot darstellen. Denn es ist klar: Auf Gymnasien gibt es nur 8 Schuljahre – die  
96 JUSH steht für das Abitur nach 8 Jahren. Die Senkung des Klassenteilers, sowie die  
97 Entrümpelung der Lehrpläne soll dabei dem G8-Angebot vorweggehen. Um den Wechsel von G9  
98 auf G8-Schulen auch innerhalb Schleswig-Holsteins zu ermöglichen wird die Einführung von  
99 Unterstützungsmaßnahmen begrüßt, die der Aufholung des Schulstoffes dienen sollen.“

100

101 Die JUSH fordert daher:

102

103 – ein zweigliedriges Schulsystem aus dem Gymnasium und der „Neuen  
104 Gemeinschaftsschule“

- 105 – die Zusammenlegung von Regional- und Gemeinschaftsschule mit Außendifferenzierung
- 106 – auf Gymnasien das Abitur nach 8 Schuljahren
- 107 – dass es weiterhin nur auf Antrag eine Oberstufe an der neuen Schulform geben darf, wo
- 108 noch kein gymnasiales Angebot in der Region besteht und es die Schülerzahlen erlauben.
- 109 – das Gymnasium bleibt die Regelschulform zur Erreichung des Abiturs
- 110 – Das G9 und das G8 Abitur sind nach ihrer Ausgestaltung auf ein entsprechendes
- 111 Leistungsniveau zu bringen.

112

### 113 Schule kann und muss Ort der Integration sein

114

115 Die JUSH unterstützt die Forderung für das Schulgesetz, dass nicht nur Offenheit gegenüber  
116 anderen Kulturen, sondern auch gegenüber religiöser Vielfalt den Schülern im Unterricht  
117 beigebracht werden soll. Dies wird insbesondere vor dem Hintergrund der Diskussion um den  
118 Islam für wichtig und notwendig gehalten, um den Schülern die Möglichkeit zu geben, sich ein  
119 eigenständiges und offenes Bild von unterschiedlichen Religionen zu machen. Zudem wird an  
120 Modellschulen die Einrichtung eines offenen muslimischen Religionsunterrichts neben dem  
121 herkömmlichen konfessionsgebundenen Religionsunterricht, der auf Deutsch erfolgen soll,  
122 gefordert. Dadurch wird den Kindern mit islamischer Konfession ein Angebot, ihre eigene  
123 Religion an der Schule vermittelt zu bekommen, unter staatlicher Aufsicht bereitgestellt, ohne  
124 dass weiter Sprachbarrieren vertieft werden. Diese Modellschulen sind insbesondere an Orten  
125 mit einer hohen Dichte von muslimischen Migranten einzurichten. Entsprechende Pläne, den  
126 konfessionsgebundenen Unterricht zugunsten eines allgemeinen Ethikunterrichts abzuschaffen,  
127 werden abgelehnt.

128

129 Vor dem Hintergrund häufiger sprachlicher Defizite bei Migranten an Schulen sollte darauf  
130 hingewirkt werden, dass die DaZ Zentren (Deutsch als Zweitsprache) und die entsprechenden  
131 Förderstunden an den Schulen ausgebaut und notwendige Lehrstellen geschaffen werden, um  
132 so eine bestmögliche Sprachförderung als Schlüssel für eine gelungene Integration zu erreichen.  
133 Um dies zu unterstützen, fordert die JUSH das Bildungsministerium dazu auf, an Schulen mit  
134 hohem Migrantenanteil darauf hinzuwirken, dass auf den Schulhöfen Deutsch die Regelsprache  
135 wird. Dies hat nichts mit einer Zwangsgermanisierung zu tun, sondern ist eine Frage des  
136 Respekts der Schüler untereinander und den Lehrern gegenüber, denn Sprache ist Zugang zu  
137 Bildung, Wohlstand und Integration. Schulen müssen Räume ohne Sprachbarrieren werden.  
138 Zudem muss das Bildungsministerium mit den Kommunen Programme schaffen, wie die Eltern

139 von Schülern mit Migrationshintergrund besser an den Kommunikationsnetzwerken der Schulen  
140 und insgesamt mehr am schulischen Alltag teilnehmen können. Bei den Eltern muss mehr  
141 Interesse geweckt werden, was in der Schule passiert.

142

143 Die JUSH fordert daher:

144

- 145 - Muslimischen Religionsunterricht an Modellschulen neben dem herkömmlichen
- 146 konfessionsgebundenen Religionsunterricht
- 147 - Eine verbesserte Sprachförderung an den Schulen (DAZ Zentren, DAZ Schulstunden).
- 148 Deutsch zur Regelsprache auf schleswig-holsteinischen Schulhöfen zu machen.
- 149 - Programme, um Eltern von Kindern mit Migrationshintergrund besser in die Schulen
- 150 einzubinden

151

152 Praktiker als Lehrer

153

154 Auf Grund des herrschenden und sich verstärkenden Lehrermangels fordert die JUSH,  
155 Quereinsteigern auch für wenige Jahre die Tätigkeit als Lehrkraft zu ermöglichen.  
156 Voraussetzung dafür sollte ein Hochschulstudium oder eine ähnliche Qualifikation (z.B.  
157 Meisterbrief) sein. In einem mehrwöchigen Vorbereitungskurs sollten die Quereinsteiger auf  
158 ihre Unterrichtstätigkeit vorbereitet werden und danach mit einem über mehrere Jahre  
159 befristeten Arbeitsvertrag in den Schuldienst übernommen werden. Lehrer aus der Berufspraxis  
160 können überaus bereichernd für die Schule sein, weil sie andere Erfahrungen als herkömmliche  
161 Lehrkräfte mitbringen.

162

163 Darüber hinaus setzt sich die JUSH für die Einführung von „Kurzeitlehrern“ aus der Wirtschaft  
164 ein. Diese Kurzeitlehrer werden nicht die Klassenlehrertätigkeit übernehmen, sondern nur als  
165 Fachergänzungslehrer fungieren. Ziel ist eine engere Vernetzung zwischen Schule und  
166 Wirtschaft. Schüler könnten beispielsweise in den Klassenstufen 8 und 9 im Rahmen von  
167 Pflichtarbeitsgemeinschaften von Beschäftigten aus der freien Wirtschaft unterrichtet werden.  
168 Solche „Kurzeitlehrer“ könnten gerade aus der Berufstätigkeit heraus die Fähigkeiten fördern,  
169 welche später tatsächlich von den Schulabgängern verlangt werden. In diesem Zusammenhang  
170 muss für die Schulen ein Sonderetat im Haushalt veranschlagt werden, der es ihnen erlaubt,  
171 herausragende Führungskräfte, Wissenschaftler sowie Pioniere der freien Wirtschaft mit  
172 angemessenen Mitteln für Überbrückungszeiten unbürokratisch an die staatlichen Schulen  
173 locken zu können.

174

175 Auch Lehrer in klassischen Lehramtslaufbahnen sollen einen stärkeren Bezug zum  
176 außerschulischen Berufsleben aufbauen. Für eine bessere Vernetzung der Lehramtsstätigkeit an  
177 die Wirtschaft reicht es aber nicht aus, theoretisch fundierte Fachkenntnisse über diese zu  
178 haben. Viel mehr zählt praktische Erfahrung, die in den Unterricht einfließen muss. Wir fordern  
179 daher eine praxisnahe Lehrertätigkeit. Gemäß des Grundsatzes' „Ein jeder lernt ein Leben lang“  
180 muss dies auch für die Lehrer gelten. Dies kann nur dann geschehen, wenn Lehrer verpflichtet  
181 werden, in gewissen Intervallen selbst einen Blick in die Wirtschaft zu wagen. Denkbar wäre hier  
182 ein Pflichtpraktikum während der Studienzeit in einem Wirtschaftsbetrieb. Neben den enorm  
183 wichtigen praktischen Erfahrungen könnten Lehrer motiviert werden, neue Lehrmethoden zu  
184 entwickeln bzw. Möglichkeiten erarbeiten, die Theorie und Praxis besser miteinander  
185 kombinieren.

186

187 Als Konsequenz der oben erwähnten Maßnahmen ist eine Optimierung des Lehramtsstudiums  
188 unumgänglich. Die JUSH fordert daher eine Anpassung des Studiums auf die zukünftigen vier  
189 Schultypen mit folgenden Spezialisierungen: Grundschule, neue Gemeinschaftsschule und  
190 Gymnasium und Berufliche Schule. Ebenfalls muss den Lehramtsstudenten durch die Aufnahme  
191 eines pädagogischen Grundpraktikums, welches vor Beginn des Studiums erfolgen muss, die  
192 Möglichkeit eingeräumt werden, sich über ihre persönliche Befähigung über diesen speziellen  
193 Beruf im Klaren zu werden.

194

195 Die JUSH fordert daher:

196

- 197 - Modelle zu entwickeln, um Quereinsteigern mit akademischem Hintergrund bzw.  
198 vergleichbarer Qualifikation eine zeitlich befristete Tätigkeit als Lehrkraft zu  
199 ermöglichen
- 200 - „Kurzzeitlehrer“, die insbesondere in den Klassenstufen 8 und 9 Kenntnisse aus dem  
201 Berufsleben in Arbeitsgemeinschaften vermitteln. Dazu soll ein angemessener Etat für  
202 die Schulen zur Verfügung gestellt werden.
- 203 - „Herkömmliche“ Lehrer durch Betriebspraktika einen stärkeren Bezug zum  
204 außerschulischen Berufsleben zu ermöglichen. Während dieser Zeit werden die Stunden  
205 durch einen Mitarbeiter des Unternehmens ersetzt, der den Schülern einen Berufspraxis  
206 vermittelt.“
- 207 - die Anpassung der Lehrerausbildung auf die drei von der Jungen Union Schleswig-

208 Holstein geforderten Schultypen

209 - ein Grundpraktikum für alle angehenden Lehramtsstudenten in einer Schule

210

211 Jede Leistung angemessen fördern

212

213 Die JUSH hat in den letzten Jahren immer wieder die gerechte Verteilung der Ressourcen  
214 zwischen unterschiedlichen Schularten und Bildungswegen gefordert und angemahnt. Einzelne  
215 Schularten sollten dabei nicht bevorzugt werden. Dies gilt insbesondere für die neu geschaffene  
216 Gemeinschaftsschule. Dabei sollten auch Überlegungen entwickelt werden, die das starre  
217 Besoldungssystem zwischen dem gehobenen und höheren Dienst aufbrechen. Zusätzlich soll ein  
218 zukunftsweisendes Bildungssystem für Schleswig-Holstein auch besondere Stärken und  
219 Schwächen von Schülern berücksichtigen.

220

221 Gerade in sozialen Brennpunkten sollten in diesem Zusammenhang gebundene (verpflichtende)  
222 Ganztagschulen eingerichtet werden, die über den Kernunterricht hinaus Förderungen von  
223 Schülern am Nachmittag im Rahmen von Freizeitangeboten ermöglichen. Diese Schulen sollten  
224 in enger Kooperation mit Verbandslandschaften und Einrichtung der Jugendpflege  
225 zusammenarbeiten und vorhandene Strukturen in die Schule tragen. Dabei soll man aber auch  
226 bei dem Grundsatz bleiben, dass Erziehung Auftrag der Eltern ist. Ganztagschulen und deren  
227 Angebote sollen nur als Ergänzung zum Bildungsauftrag der Schule verstanden werden. Daher  
228 hält die JUSH es für zwingend notwendig, dass Eltern bei der Gestaltung von  
229 Ganztagsangeboten im Rahmen der Eigenverantwortlichkeit der Schulen mit eingebunden  
230 werden. Ganztagschulen können weiter dabei helfen, die oben angesprochenen Probleme der  
231 Integration von Schülern mit Migrationshintergrund zu lösen. Auch hier sollte versucht werden,  
232 Aktivitäten von Verbandsstrukturen, die insbesondere Migranten ansprechen, in das Schulleben  
233 zu integrieren. Die von der sozialdemokratischen Bildungsministerin Erdsiek-Rave eingeführte  
234 offene Ganztagschule mit einer finanziellen Ausstattung von 25 Ct pro Schüler pro Stunde wird  
235 grundsätzlich abgelehnt.

236

237 Zusätzlich fordert die JUSH zur pädagogischen sowie psychologischen Unterstützung von  
238 Lehrern die bedarfsorientiert Einführung von Sozialpädagogen und Schulpsychologen. Diese  
239 sollen rechtzeitig auf verhaltensauffällige Kinder aufmerksam und vorbeugend tätig werden.  
240 Dadurch kann gewährleistet werden, dass einzelne Schüler nicht den Lernerfolg einer ganzen  
241 Klasse gefährden. Darüber hinaus mögen diese die Lehrer auch während des Unterrichts  
242 entlasten und unterstützend zur Seite stehen. Die Schulpsychologen sollen sich um Schüler mit

243 Verhaltensauffälligkeiten, Schulangst sowie Konzentrationsstörungen kümmern, die Eltern und  
244 Lehrer vielfach überfordern. Zusätzlich sollen diese Fachkräfte auch Ansprechpartner für  
245 überarbeitete und überlastete Lehrkräfte sein. Die Akzeptanz von Schulpsychologen sollte in der  
246 Schülerschaft und unter den Eltern gefördert werden

247

248 Weiter ist es wichtig, Hochbegabte stärker als in der Vergangenheit zu fördern ohne jedoch  
249 zugleich deren Sozialleben zu sehr zu beeinträchtigen.“

250 Denkbar wäre ein System aus Kursen, die in jedem Kreis zusätzlich für hochbegabte  
251 hochleistende und hochengagierte Schüler angeboten werden. Wird dies teilweise bereits an  
252 einzelnen Schulen praktiziert, so ist eine flächendeckende abgestimmte Vorgehensweise  
253 einzuführen. Diese Angebote sollen die Regelschule ergänzen und können zum Beispiel durch  
254 Wochenendkurse realisiert werden. Eine wünschenswerte Lösung wäre eine Zusammenarbeit  
255 mit Hochschulen. Die Kosten sollten dazu vom Land getragen und durch einen vertretbaren  
256 Eigenanteil der Eltern ergänzt werden.

257

258 Zu einer gezielten Förderung von Schülern mit unterschiedlichen Begabungen und Fähigkeiten  
259 gehört auch die klare Benennung des aktuellen Leistungsstandes im Rahmen der halbjährlichen  
260 Zeugnisse. Um Missverständnissen vorzubeugen und eine richtige Einordnung der Leistungen  
261 möglich zu machen, sollen bereits ab der ersten Klasse durchgehend bis zum Abschluss  
262 Zeugnisse mit eindeutigen Noten vergeben werden und die Wiedereinführung der Kopfnoten  
263 umgesetzt werden. Diese sollen Betragen im Unterricht, Fleiß, soziales Verhalten und Mitarbeit  
264 im Unterricht umfassen. Diese Wiedereinführung ist notwendig geworden, da sich viele Schüler  
265 in den genannten Punkten selbst nicht einschätzen können. Eine Einschätzung in diesen  
266 Bereichen ist aber für den weiteren Lebensweg zwingend erforderlich. Diese ersetzen jedoch  
267 nicht das ebenfalls sehr wichtige regelmäßige Gespräch zwischen Lehrer, Eltern und Schüler.

268

269 Aus diesen dargestellten Überlegungen heraus fordert die Junge Union Schleswig Holstein:

270

- 271 - eine gerechte Verteilung der Ressourcen über alle Schularten
- 272 - weitere Gründungen von gebundenen Ganztagschulen insbesondere in sozialen  
273 Brennpunkten
- 274 - die bedarfsorientiert Einführung von Sozialpädagogen und Schulpsychologen
- 275 - die Einbindung von Verbandsstrukturen, in das Schulleben
- 276 - die Förderung von hochbegabten hochleistende und hochengagierte Schülern in

277 ergänzenden Angeboten zum Regelunterricht. Hierbei sollen auch Hochschulen  
278 eingebunden werden.

279 - die Wiedereinführung von Zeugnissen mit Noten ab der ersten Klasse

280 - die Wiedereinführung von Kopfnoten

281

282 Antragssteller: Lena Stiehm, Anna Barkentien, Finn Brünning, Frederik Heinz und Tobias

283 Loose für die Kommission Bildung der Jungen Union Schleswig-Holstein